



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Die Ministerin

MSGIV | Postfach 60 11 63 | 14411 Potsdam

Mitglied des Landtages Brandenburg
Abgeordneter Thomas Domres
Alter Markt 1
14467 Potsdam

nachrichtlich:
Präsidentin des Landtages Brandenburg
Frau Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Ministerin und Chefin der Staatskanzlei
Katrin Schneider

Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 13
14467 Potsdam

Telefon: +49 331 866-5000
Fax: +49 331 866-5009
Internet: www.msgiv.brandenburg.de

Bus und Tram: Haltestelle Alter Markt/Landtag
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Potsdam, 25. Februar 2021

Mündliche Anfrage Nr. 467
- Endlagersuche 3 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

in der Anlage übergebe ich Ihnen die schriftliche Beantwortung Ihrer oben genannten mündlichen Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen



Ursula Nonnemacher

Mündliche Anfrage Nr. 467

des Abgeordneten Thomas Domres
der Fraktion DIE LINKE

Endlagersuche 3

Vom 5.2. bis zum 7.2.2021 fand die Fachkonferenz Teilgebiete statt. Neben der Kritik, dass der Beteiligungsprozess auf Grund der Pandemie nicht die notwendige Breite erreicht, weil z.B. bei digitalen Formaten kaum eine Diskussion möglich und so die gesetzlich zugesicherte Beteiligung unzureichend ist, wurde auch inhaltliche Kritik vorgebracht. So wurde u.a. kritisiert, dass der Zwischenbericht nicht den gesetzlichen Ansprüchen genügt, die Datengrundlage für die Benennung der Teilbereiche völlig unzureichend ist, viele Fragen von der BGE unbeantwortet bleiben und dem aktuellen Prozess die nötige Transparenz u.a. der Kriterien zur möglichen Standortauswahl fehlt.

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie den vorgelegten Bericht und den damit einhergehenden Beteiligungsprozess?

Antwort:

Das Verfahren zur Suche eines Endlager-Standortes für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle ist im Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz - StandAG) festgeschrieben. Gegenwärtig befindet sich das Verfahren in der Phase 1. Im ersten Schritt dieser Phase hatte der Vorhabenträger, die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), Teilgebiete festzulegen. Die Veröffentlichung der Teilgebiete erfolgte mit dem Zwischenbericht „Teilgebiete“. Dieser Zwischenbericht soll im Rahmen der in der vorliegenden Anfrage genannten Fachkonferenz mit Bürgerinnen, Bürgern, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern, Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen beraten bzw. diskutiert werden. Die Ergebnisse dieser Fachkonferenz, die sich in drei Veranstaltungen plus einer Auftaktveranstaltung untergliedert, soll die BGE im zweiten Schritt der Phase 1 bei der Ermittlung der Standortregionen für die übertägige Erkundung berücksichtigen.

Das brandenburgische Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) bereitet derzeit eine Stellungnahme zum Zwischenbericht der BGE vor, die dann in das Verfahren eingebracht wird.

Aus Sicht der Landesregierung ist durch das gewählte Beteiligungsformat der Fachkonferenz und die Möglichkeit, dass Stellungnahmen der geologischen Dienste der Länder in das Verfahren einfließen können, durchaus eine sachgerechte Auswahl bzw. Ermittlung der Standortregionen für die oberirdische Erkundung realisierbar.

Hinsichtlich des pandemiebedingten Online-Formats der Fachkonferenz kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Im Rahmen der Präsenzveranstaltung wären auf Grund der räumlichen

Beschränkungen am Konferenzort die Teilnehmer nach dem Losprinzip festgelegt worden. Beim Online-Format sind die Teilnehmereinschränkungen erheblich geringer. Natürlich sind in Deutschland derartige Formate noch ungewohnt. Das heißt aber nicht, dass dies nicht zielführend sein kann.

Die Fachkonferenz, die als selbsttragende Konferenz konzipiert ist, hat die Chance Meinungen, Bedenken, Hinweise der Bürgerinnen, Bürger und der Kommunen intensiv zu diskutieren.

Die Beteiligung an der Fachkonferenz ist aus hiesiger Sicht noch ausbaufähig. So hatten sich etwa 1600 Personen zur ersten Konferenz angemeldet. Jeweils zwischen 700 und 800 Personen waren an den drei Konferenztagen online anwesend.

Seitens der Landesregierung wurden im Rahmen einer Pressemitteilung die Bürgerinnen und Bürger aber auch die Kommunen auf die Beteiligungsmöglichkeit aufmerksam gemacht.